

# THÜRINGEN LIBERAL

MAGAZIN DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN  
AUSGABE 2 | APRIL 2013

**LANDESPARTEITAG IN WEIMAR**  
Delegierte in Wahlkampfstimmung

**WIRTSCHAFT UND BILDUNG**  
JuLis gründen Landesarbeitskreise

**THÜRINGEN AUSSTELLUNG**  
FDP diskutiert mit Schülern und Lehrern



## Bürokratie abbauen

Liberaler fordern mehr Engagement vom Land





## Editorial

# Liebe Leserinnen und Leser!

Bürokratieabbau ist der Schlüssel zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und zur Konsolidierung des Landeshaushalts. Jede überflüssige Regelung, jedes zu komplizierte Verfahren verursacht unnötige Kosten für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung. Mit einer Großen Anfrage hat die FDP-Landtagsfraktion deshalb die Belastung von Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung durch überflüssige Regelungen und komplizierte Verfahren hinterfragt. Zudem wurde nach den bisherigen Aktivitäten der Landesregierung im Bereich Bürokratieabbau sowie nach neuen Initiativen gefragt. Das Ergebnis ist ernüchternd: Bürokratieabbau hat für die Landesregierung offenbar keine Priorität (siehe Bericht Seite 3).

Dabei werden die direkten Bürokratiekosten für Unternehmen in Deutschland auf einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag geschätzt. Besonders betroffen ist hiervon der Mittelstand, da die Bürokratiekosten pro Mitarbeiter umso höher sind, je kleiner ein Unternehmen ist (siehe Interview Seite 9). Auch können sich größere Unternehmen eher die Beschäftigung von Experten zur Bürokratiebewältigung leisten. Der Freistaat Thüringen sollte sich im Interesse seiner mittelständisch geprägten Wirtschaft deshalb besonders bemühen, die Büro-

kratiekosten so gering wie möglich zu halten. Man darf aber auch nicht vergessen, dass überbordende Bürokratie auch jeden einzelnen Bürger belastet. Denn umständliche Beantragungs- und Genehmigungsprozesse betreffen schließlich auch viele private Aktivitäten. Deswegen wurde auch dieser Bereich der Bürokratiekosten in der Großen Anfrage beleuchtet.

### » Bürokratieabbau hat für die Landesregierung offenbar keine Priorität «

Ziel der FDP-Fraktion ist eine moderne, leistungsstarke Verwaltung, die Bürger und Unternehmen nicht behindert, sondern als Dienstleister in allen Lebenslagen unterstützt. Zudem leidet auch die Verwaltung selbst unter unnötigen Regelungen und komplizierten Verfahren. Ihre Bearbeitung verschlingt viel Zeit und Geld. Deswegen ist die Entlastung aller Verwaltungsebenen von Bürokratiekosten auch aufgrund der anstehenden Haushaltskonsolidierung nötig. Personal- und Sachkosten lassen sich nur bei gleichzeitiger Aufgabenreduzierung

senken. Dies gilt insbesondere für die dringend nötige Entlastung der Kommunen und Landkreise, denen in letzter Zeit immer mehr Aufgaben aufgebürdet wurden. Die FDP-Fraktion hatte deshalb bereits Anfang 2012 ein Standarderprobungsgesetz erarbeitet, das die bürokratische Belastung der Kommunen und Landkreise reduziert hätte. Das Gesetz wurde jedoch von der Mehrheit des Landtags abgelehnt.

Das Thema Bürokratieabbau ist komplex, und die Probleme sind nicht von heute auf morgen zu lösen. Dennoch muss der Freistaat mit dem langsamen Bohren von dicken Brettern beginnen. Auch auf Bundesebene kann man dabei über den Bundesrat aktiv werden. Die Thüringer Liberalen werden das Thema jedenfalls weiter engagiert bearbeiten. Die Auswertung der Großen Anfrage soll den Auftakt für weitere Initiativen der Fraktion im Bereich Bürokratieabbau bilden.

Ihr

Uwe Barth  
FDP-Landesvorsitzender und Vorsitzender der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag

# Mehr Anstrengung beim Bürokratieabbau erforderlich

## Anfrage zu „Bürokratiekosten in Thüringen“ macht mangelndes Interesse der Regierung sichtbar

„Am Bürokratieabbau hat die Landesregierung offenbar kaum Interesse“, stellte der FDP-Fraktionsvorsitzende Uwe Barth nach Studium der Antwort auf die Große Anfrage der Landtagsfraktion zu „Bürokratiekosten in Thüringen“ fest. In dieser Legislaturperiode habe sich offenkundig nichts verbessert, eher sei eine Zunahme von bürokratischen Regelungen zu verzeichnen, beispielsweise beim Vergabegesetz oder dem Kindertagesstätten-gesetz. Kommunen würden zusätzliche Standards und Kosten aufgebürdet. Das Standarderprobungsgesetz, mit dem die FDP den Kommunen etwas mehr Freiheit einräumen wollte, habe die Koalition abgelehnt.

In ihrer Antwort versuche die Regierung nun, den Eindruck zu erwecken, angesichts der Regulierungen von Bund und EU habe sie keinen Handlungsspielraum. Bei 219 Landesgesetzen und 594 inhaltlichen Verordnungen sei aber deutlich mehr zu machen als die Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie oder das Thüringer Gaststättengesetz. „Hier feiert sich die Regierung für etwas, das schon 2009 von der Vorgängerregierung auf den Weg gebracht wurde“, kritisierte Barth. Enttäuschend seien auch die Antworten auf die Fragen nach den Bürokratiebelastungen für die Bürger. Von

15 Fragen lasse die Regierung neun unbeantwortet. Hier fehle es schlichtweg an Problembewusstsein. Bezeichnend sei auch die Antwort auf die Frage nach der GEZ-Reform. „Langfristig wirkt sich das neue Modell also entbürokratisierend aus“, behaupte die Landesregierung – angesichts der anhaltenden Kritik an der Gebührenneuordnung sei das wohl eine entrückte Wahrnehmung, so Barth.

Auch angesichts der verstreuten Verantwortlichkeiten sei ein ernsthafter Wille der Regierung zu bezweifeln. Chef-sache sei das Thema jedenfalls nicht. Laut Antwort erfolge die Einbindung der

nicht etwa, weil es der Regierung wichtig wäre. Obwohl das Land insgesamt acht Mitarbeiter in dem Aufgabenfeld beschäftige, beschränke sich das Controlling auf eine Fachhochschulstudentin, die ein halbes Jahr lang die Auswirkungen des geänderten Gaststättengesetzes untersucht habe.

Zu den Bürokratiekosten, so Barth weiter, wolle sich das Land nicht festlegen. Diese würden statistisch nicht erfasst. Dabei könne man die durch EU-rechtliche Regelungen in Deutschland verursachten Bürokratiekosten mit 25.369.621.000 Euro sehr wohl relativ

### » In dieser Legislaturperiode hat sich nichts verbessert, eher ist eine Zunahme von bürokratischen Regelungen zu verzeichnen «

Staatskanzlei „im Rahmen der üblichen Ressortabstimmung“. In der Stabsstelle im Justizministerium seien zwei Referenten angesiedelt, die sich aber auch noch anderen Aufgaben widmeten, wie die zwei Mitarbeiter im Finanzministerium und die 3,75 Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium. Der Gesprächskreis „Wirtschaftsfreundliche Verwaltung“ werde auf „Wunsch der Wirtschaft“ fortgesetzt,

genau beziffern. Auch andere statistische Werte seien bemerkenswert. So betrügen die Verwaltungskosten bei Förderprogrammen zwischen 2 und 50 Prozent; 40 Prozent seien es z. B. bei Thüringen-Invest. Eine GmbH-Gründung, die nach EU-Vorgabe max. drei Tage dauern dürfte, benötige in Thüringen im Schnitt 7,75 Tage, im Nachbarfreistaat Sachsen lediglich 4,75. jp





# Landesparteitag in Weimar

## Brüderle bringt Delegierte in Wahlkampfstimmung

Neben der Verabschiedung des Grundsatzzprogramms hat die Thüringer FDP den Landesparteitag genutzt, um sich zu aktuellen Themen zu positionieren. So setzen sich die Thüringer Liberalen auch zukünftig für eine weitere Vereinfachung des Steuerrechts ein. Grundlage dafür soll nach einem mit breiter Mehrheit verabschiedeten Antrag das sogenannte „Kirchhof-Modell“ sein.

Beim Thema Inklusion hat sich der Parteitag klar für die Beibehaltung und Entwicklung einer bedarfsgerech-

ten Bildung für Kinder ausgesprochen. Ein Durchsetzen der Inklusion „mit der Brechstange“ zulasten bestehender und bewährter Fördereinrichtungen wird es mit der FDP Thüringen nicht geben. Zudem wollen sich die Thüringer Liberalen für eine gerechte Entlohnung ohne einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn sowie für bezahlbare Strompreise einsetzen. Als eine Sofortmaßnahme zur Entlastung der Verbraucher fordern die Thüringer Liberalen eine Absenkung der Ökosteuer.

### » Aufrecht und selbstbewusst um einen neuen Wahlauftrag werben «

Der Landesvorsitzende der Thüringer FDP, Uwe Barth, holte in seiner Rede zu einem Rundumschlag auf die Arbeit der Landesregierung aus. Insbesondere an der Politik der schwarz-roten Koalition bei den Themen Bildung, Wirtschaft und Finanzen ließ Barth kein gutes Haar. Beim Thema Mindestlohn etwa habe sich Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) von ihrem Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) vorführen lassen. „Herr Machnig hat sich gemeinsam mit Thüringens führender Sozialdemokratin, Christine Lieberknecht, wochenlang dafür gefeiert.“ Kaum hätten sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat geändert, habe Machnig das Projekt über die Zeitung für beendet erklärt. „Einmal am Nasenring durch die Manege geführt und dann wieder weggesperrt“, so komme ihm das vor, sagte Barth. Im Bereich der Bildung sprach sich der FDP-Chef für ein leistungsorientiertes, gegliedertes Schulsystem aus. „Ohne Leistung und Anstrengung geht es nicht – nicht in der Schule und auch nicht danach“, stellte er klar. Im Übrigen lehne er Reformen nur um der Reformen willen ab und fügte hinzu: „Wir sind nicht nur gegen unsin-

nige Tierversuche, wir lehnen auch Versuche an Kindern ab.“ Die Haushaltspolitik des Freistaates geißelte Barth als ungerecht gegenüber nachfolgenden Generationen. Er erinnerte daran, dass eine Folge von hoher Staatsverschuldung Inflation sei, von der insbesondere die kleinen Sparer und Beitragszahler betroffen seien. „Schluss mit dem Schuldenmachen, das ist auch eine zutiefst soziale Forderung“, so Barth.

Als Gastredner heizte der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Rainer Brüderle, den Delegierten ein und machte ihnen Mut und Lust auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf. Brüderle verwies auf die Bilanz der FDP in mehr als drei Jahren schwarz-gelber Koalition: Deutschland erlebe derzeit ein Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Exportwunder. „Mit dieser Bilanz können wir aufrecht und selbstbewusst bei den Deutschen um einen neuen Wahlauftrag werben.“ Er erwarte ein gutes Ergebnis bei der Wahl im September. Viele im sozialistischen Spektrum „wollen die FDP weghaben. Aber die nächsten Wahlen werden gut ausgehen“, sagte er. „Ich kann nur sagen: Nicht kirre machen lassen.“ Er forderte die Delegierten auf, „klare Kante“ zu zeigen und zu den liberalen Argumenten zu stehen. Dann werde die FDP auch im Bundestag bleiben.

Davon hatte sich schon zu Beginn des Parteitags der Spitzenkandidat für die Bundestagswahl und Generalsekretär der Thüringer FDP, Patrick Kurth, überzeugt gezeigt. „Es lohnt sich, für die Freiheit zu kämpfen. Es lohnt sich, für die FDP zu kämpfen“, rief Kurth den Delegierten zu. Er warnte davor, die gute wirtschaftliche Lage Deutschlands als selbstverständlich anzusehen. „Mit Rot-Grün würden wir das alles aufs Spiel setzen“, sagte er mit Blick auf die Forderungen der Opposition. Deswegen brauche es eine starke liberale Kraft. „Wir treten für Freiheit und Verantwortung ein, für weniger Belastungen, für Mittelschicht und Mittelstand, für Selbstbestimmung. Kurzum: für mehr FDP“, so Kurth abschließend. *ms*



Generalsekretär Patrick Kurth brachte das unter seiner Federführung erstellte Grundsatzpapier ein.

## Parteitag verabschiedet die ‘Weimarer Grundsätze’

### Geist von 1989 spürbar

Nach zweijähriger intensiver Diskussion hat sich die Thüringer FDP auf ihrem Landesparteitag am 2. März in Weimar erstmals in ihrer Geschichte ein Grundsatzzprogramm gegeben. „Ich danke allen, die sich mit oftmals sehr ausführlichen Stellungnahmen und Vorschlägen an der Debatte beteiligt haben“, sagte FDP-Generalsekretär Patrick Kurth. Er erinnerte daran, wie es zu der Grundsatzzdiskussion gekommen war. „Nach Jahren der Wahlkampf vorbereitungen und inneren Reformen bestand das Bedürfnis, sich über die inhaltlich-programmatische DNA der Thüringer FDP zu verständigen“, erläuterte Kurth.

Immerhin unterscheide sich die Thüringer FDP nicht nur erheblich von den politischen Mitbewerbern, sondern mehr oder minder auch von anderen FDP-Landesverbänden. Letztendlich habe der Landesparteitag in Ilmenau im Jahr 2011 dann den offiziellen Auftrag erteilt.

Seitdem habe es verschiedene Diskussionsrunden gegeben, der Fortschritt der Arbeit an dem Papier habe auf jeder Tagesordnung des Landesvorstands und des Landesparteitags gestanden.

FDP-Landeschef Uwe Barth wies in seiner Rede auf den Unterschied zwischen Wahlprogramm und Grundsatzzpro-

### » Nach inneren Reformen bestand das Bedürfnis, sich über die inhaltlich-programmatische DNA der Thüringer FDP zu verständigen «

gramm hin. Die im Grundsatzzprogramm festgeschriebenen Grundsätze seien das Selbstverständnis der Thüringer Liberalen, „unser Kompass, an dem sich unsere Politik orientiert“. Dazu gehöre jedoch auch konkrete Sprache. „Freiheit und Verantwortung, das sind die zentralen Werte der FDP, Freiheit und Verantwortung, das ist der Geist unseres Grundsatzzpro-

gramms, Freiheit und Verantwortung, diese Werte sind grundlegend für den Wohlstand in unserem Land“, rief Barth den Delegierten zu.

Für Kurth ist in dem Programm auch der Geist von 1989/1990 spürbar. „Das bedeutet Aufbruch, Veränderungsbereitschaft, Zuversicht und Zukunftsglaube.

Weniger Staatsglauben, sondern mehr Verantwortung für den Einzelnen.“ Nach zum Teil kontroverser Diskussion wurde das Grundsatzzprogramm mit einigen Änderungen mit breiter Mehrheit verabschiedet. *ms*

Nach redaktioneller Durchsicht steht das Programm auf [WWW.FDP-THUERINGEN.DE](http://WWW.FDP-THUERINGEN.DE) zur Verfügung.



Fotos: Gordon Schmidt | Matthäus Schlummer  
Weitere Fotos auf [WWW.THL-FDP.DE](http://WWW.THL-FDP.DE)





Die Thüringer JuLis mit FDP-Landeschef Uwe Barth und dem Bundestags-Spitzenkandidaten Rainer Brüderle beim Landesparteitag in Weimar.

## Jungliberale Programmatik: Wirtschaft und Bildung

### Junge Liberale in Thüringen gründen Landesarbeitskreise

Knapp zwei Monate ist sie her – die Tagung des ersten Landesarbeitskreises (LAK) Wirtschaft der Jungen Liberalen Thüringen e.V. Doch nun fand endlich auch die erste offizielle Sitzung des zweiten frisch gegründeten Landesarbeitskreises, des LAK Bildung, statt, welcher somit ein weiteres Stück unverzichtbarer liberaler Kernthemen aufgreift. Schon am 22. Januar dieses Jahres trafen sich JuLis aus ganz Thüringen in der Universitätsbibliothek Jena, um erstmals in dieser Form programmatische Ziele zu diskutieren und zu erarbeiten.

Vor dem Eintritt in die Debatte zum Thema Wirtschaft wurde jedoch eine LAK-Leitung gewählt: Überzeugende Mehrheiten erhielten jeweils Melanie Straub, Nico Schwark und Tim Neutsch als neues Organisations- und Ausgestaltungs-Team des LAK Wirtschaft. Anschließend stieg man in den inhaltlichen Disput zum liberalen Strategiepapier zur Wirtschaftspolitik der FDP Thüringen ein. In kleineren Arbeitsgruppen wurde noch vor Ort Absatz um Absatz, Zeile für Zeile genau unter die Lupe genommen und mit jungliberalen Leitgedanken verglichen oder abgestimmt. Auf diese Weise war es möglich, durch Meinungsaustausch innerhalb der

LAKs verschiedene Blickwinkel auf eine gemeinsame Position zusammenzuführen und damit zielführend in den nächsten JuLis-Landeskongress zu starten. Vor allem die hochbrisanten Fragen zu steigenden Strompreisen, zum Fachkräftemangel oder aber zum Investitionsklima in Thüringen wurden und werden von den Jungen Liberalen im LAK Wirtschaft diskutiert.

Doch was wären die Jungen Liberalen ohne den programmatischen Schwerpunkt Bildung? Daher folgte auf die Gründung des LAK Wirtschaft exakt einen Monat später, am 22. Februar, die erste Sitzung des Landesarbeitskreises Bildung, diesmal in der Universitätsbibliothek der Landeshauptstadt Erfurt. Auch hier stand vor der eigentlichen, inhaltlichen Arbeit die Aufstellung einer LAK-Leitung auf der Tagesordnung: Mit „überbreiter“ Zustimmung aller Anwesenden wurden Clemens Schäfer, Jan Siegemund und Swen Wähler in das Organisations-Trio gewählt.

Unter der neu einberufenen Leitung wurde aber auch auf der ersten Tagung des Landesarbeitskreises Bildung sofort die programmatische Arbeit aufgenommen. Hauptdiskussionen waren die Frage nach freien und eigenverantwortlichen Schulen sowie die Reformierung

des aktuellen Verbeamtungssystems von Lehrkräften in Thüringen. Sogar ein Antrag für den kommenden Landeskongress der Jungen Liberalen konnte schon gemeinsam formuliert werden.

Die neu gegründeten Landesarbeitskreise bilden schon jetzt einen wertvollen zusätzlichen Diskussionsrahmen und werden sicher auch auf den kommenden Tagungen zur jungliberalen Programmatik geschätzte Arbeitsumgebungen darstellen. Neben grundsätzlich liberalen Angelegenheiten wird auf den künftigen LAKs vor allem auf ganz konkrete Thüringer Sachverhalte eingegangen, um unser Land im Gesamtkontext nicht aus den Augen zu verlieren.

Die LAKs finden versetzt alle zwei Monate statt, sodass sich der Landesarbeitskreis Wirtschaft und Bildung jeweils monatlich abwechseln. Eine Terminübersicht ist auf der Website der Jungen Liberalen Thüringen e.V. ([www.julis-thueringen.de](http://www.julis-thueringen.de)) im dortigen Kalender zu finden. Alle Interessenten sind zu den Arbeitskreistagungen herzlich eingeladen und können sich per E-Mail an [wirtschaft@julis-thueringen.de](mailto:wirtschaft@julis-thueringen.de) oder [bildung@julis-thueringen.de](mailto:bildung@julis-thueringen.de) gerne in den JuLis-E-Mailverteiler aufnehmen lassen!  
*Sophia Kruppa*

## Aschermittwoch mit und ohne Dirndl

### FDP traf sich traditionell im Erfurter DASDIE und an der Fahner Höhe

Wer die Berichterstattung zum Aschermittwoch der Liberalen in Passau verfolgte, konnte feststellen, dass in diesem Jahr ungewöhnlich viele Dirndl-Trägerinnen die Festhalle bevölkerten, und auch beim Aschermittwoch der Thüringer Liberalen im Erfurter DASDIE hatten drei Damen diese Idee. „Ich fülle das Dirndl gern und gut aus“, sagte die FDP-Vize Franka Hitzing. Sie hatte sich extra für diesen Anlass eine neue Tracht zugelegt und war zusammen mit der Chefsekretärin der FDP-Landtagsfraktion Doris Mücke ein gefragtes Fotomotiv an diesem Abend. Traditionell teilten die Herren verbal aus. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende Uwe Barth stützte den Wirtschaftsminister und SPD-

Wahlkampfmanager zurecht: „Thüringen ist nach drei Jahren Machnig ein Entwicklungsland.“ Kreisvorsitzender Thomas L. Kemmerich und Generalsekretär Patrick Kurth nahmen den Erfurter Oberbürgermeister aufs Korn. „Die Kinder der Stadt müssen für das 30-Millionen-Euro-Haushaltsloch herhalten“, rügte Kurth die rot-rot-grüne Stadtregierung.

Im „Wahlkampfmodus“ befanden sich auch die Gothaer Liberalen bei ihrem Politischen Aschermittwoch, der in diesem Jahr schon zum 20. Mal an der Fahner Höhe stattfand. In der Gaststätte „Zur Festwiese“ in Gierstädt kritisierte FDP-Kreischef Torsten Köhler-Hohlfeld Wirtschaftsminister Matthias „Machnix“, der

sein Amt zum Halbtagsjob gemacht habe, um im Wahlkampfteam von Peer Steinbrück seinen Absprung nach Berlin vorzubereiten. Eine Einschätzung, die der stellvertretende Kreisvorsitzende Jens Panse in vollem Umfang teilt. „Statt seinen Job zu machen, arbeitet er sich an der FDP ab oder reist zu Vorträgen auf Einladung der SPD-nahen Ebert-Stiftung durch die Welt.“ Passend zum Faschingsabschluss versuchte sich Reinhard Cornelius aus Behringen in seiner politischen Büttenrede an einer humoristischen Einschätzung der Bundespolitik. Die Gothaer „Herrenrunde“ musste aber gänzlich ohne Dirndl-Trägerinnen auskommen. „Nächstes Jahr laden wir die Franka wieder ein“, versprach Panse. *jp*



Fotos: Gordon Schmidt  
Weitere Fotos auf [WWW.THL-FDP.DE](http://WWW.THL-FDP.DE)



### NOTIZ



### Dr. Guido Westerwelle auf die EGA eingeladen

Als erstes Kabinettsmitglied erhielt Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle beim Neujahrsempfang des Bundesverbandes der Mittelständischen Wirtschaft (BVMW) im Erfurter Atrium die Saisonkarte der EGA 2013 von dem Journalisten und Parteifreund Friedrich Thoma überreicht. Thoma, der auch als Darsteller des Erfurter Gartenbaumeisters Christian Reichardt aus dem 18. Jahrhundert auftritt, warb damit für den BUGA-Gastgeber in spe 2021.



Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag lädt ein:  
Vortragsveranstaltung zum Thema

„Regionale Kreisläufe - was Deutschland in turbulenten Zeiten stark macht“

THÜRINGENgerecht  
Kontakt + weitere Infos: [www.thl-fdp.de](http://www.thl-fdp.de)



### Georg Fahrenschon

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Montag, 13. Mai 2013, 19.30 Uhr  
Radisson Blu Hotel, Erfurt

Juri-Gagarin-Ring 127, 99084 Erfurt

Um Anmeldung wird gebeten: FDP-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Telefon: (0361) 377 27 00, Fax: (0361) 377 27 05  
E-Mail: [info@fdp-lt.thueringen.de](mailto:info@fdp-lt.thueringen.de)



# Keiner will auf Noten verzichten

## FDP diskutierte auf der Thüringen Ausstellung mit Schülern, Auszubildenden und Lehrern über gute Schule

Als Uwe Barth, Fraktionsvorsitzender der FDP im Thüringer Landtag, in die Runde fragte, wer für eine Abschaffung der Noten sei, da hob keiner der zahlreich anwesenden Jugendlichen im Foyer der Erfurter Messe den Arm. Für den FDP-Chef und die Bildungspolitikerin Franka Hitzing war das eine deutliche Bestätigung für ihre Position. „Wir wollen eine leistungsorientierte Schule, die nicht nur fördert, sondern auch fordert“, machten sie deutlich.

Im Rahmen der Thüringen Ausstellung hatte die FDP-Landtagsfraktion am 6. März zu einer öffentlichen Fraktions-sitzung auf die Messe nach Erfurt eingeladen. Dabei stellten die Liberalen auf der größten Thüringer Verbrauchermesse ihre bildungspolitischen Grundsätze vor und diskutierten mit Gästen und Besuchern. Anstelle des erkrankten Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, erläuterte der Bildungsreferent der IHK Erfurt, Thomas Fahlbusch, die Anforderungen der Wirtschaft an das Bildungssystem und stellte sich den Fragen der Schüler des Arnoldi-Gymnasiums Gotha und der Azubis der Telekom in Erfurt.

Die FDP-Landtagsfraktion diskutierte auf der Thüringen Ausstellung mit interessierten Schülern und Auszubildenden aus Gotha und Erfurt.

„Als Bildungseinrichtung soll die Schule auf das spätere Leben bestmöglich vorbereiten. Dies geht nicht, ohne den Wert von Leistung und Anstrengung zu vermitteln – schließlich sind das genau die Werte, die später im Berufsleben gefragt sind“, ist Franka Hitzing – selbst von Beruf Lehrerin – überzeugt. „Gute Noten und die Versetzung in die nächste Klassenstufe sind für Lehrer ein gutes Mittel, um Schüler für ihre Anstrengungen zu belohnen.“ Sie dienten auch zur Orientierung, fügte ein Auszubildender der Telekom hinzu. Leistungsdruck

### » Wir wollen eine leistungsorientierte Schule, die nicht nur fördert, sondern auch fordert «

minimiere man nicht durch Abschaffung der Noten. Die „Rückmeldung“ in Form von Noten sei für Schüler und Eltern wichtig, stellte Ellen Fiedler, Lehrerin aus Gotha, fest. Auch der Verzicht auf das „Sitzenbleiben“ in den Klassenstufen 3, 5 und 7 wurde von den Schülern eher kritisch beurteilt. Es fehle dann an der Motivation, sich anzustrengen, um das Klassenziel zu erreichen, sagte eine Abiturientin.

Es gehe darum, „Brüche und Kulturschocks zu verhindern“, meinte IHK-Bildungsreferent Thomas Fahlbusch. Wenn die Schule die Heranwachsenden nicht entsprechend vorbereite, sei ein solcher Schock beim Eintritt in das Berufsleben vorprogrammiert. Deshalb habe die IHK auch ihre Initiative „Leistung lohnt“ gestartet. Wie in der Wirtschaft setze man dabei auf Zielvereinbarungen mit den Schülern. „Ausbildung ist auf jeden Fall Chefsache. Wir versuchen, die Azubis abzuholen und haben uns vorgenommen,

keinen zu vergessen“, sagte Fahlbusch mit Blick auf den wachsenden Fachkräftemangel. Im Telekom-Ausbildungszentrum Erfurt kennt man solche Probleme noch nicht. „Auf einen Platz kommen zehn Bewerber. Wir können eine talentorientierte Auswahl vornehmen“, berichtete Peter Möcker. „Noten sind für die kleinen Betriebe besonders wichtig. Der mittelständische Unternehmer kann damit etwas anfangen“, unterstrich Uwe Barth und plädierte dafür, den Leistungsbegriff positiver zu bewerten. „Leistung macht auch Spaß“, zeigte sich der Liberale überzeugt.

Rund 70.000 Menschen ließen es sich nicht nehmen, die diesjährige Thüringen Ausstellung vom 2. bis 10. März 2013 zu besuchen. Die FDP war dabei zum wiederholten Mal als einzige Landtagsfraktion mit einem eigenen Stand in der Halle 11 vertreten. Die Abgeordneten standen für die Fragen der Bürger zur Verfügung und informierten über ihre Landtagsarbeit. „Wir nutzen gern die Möglichkeit, um auch außerhalb von Wahlkampfzeiten mit den Menschen ins Gespräch zu kommen“, zog Barth ein positives Fazit und merkte an, „dass im Wahljahr 2014 vermutlich auch wieder alle anderen Fraktionen auf der Thüringen Ausstellung sein werden.“ jp



Günther Thomale aus dem Kreisverband Weimar

## Auf ein Wort zur Freiheit

### Weimarer Neumitglied Günther Thomale im Gespräch

**Günther Thomale ist vor einem Jahr Mitglied der FDP in Weimar geworden. Der 57-Jährige, der in Lippstadt/Westfalen geboren wurde, lebt seit 1999 in Weimar. Er arbeitet als Verkaufsleiter in der pharmazeutischen Industrie und unterstützt seit seinem Eintritt engagiert die Arbeit des Kreisverbandes. Mit ihm sprach unser Redaktionsmitglied Matthias Purdel.**

**ThL:** Herr Thomale, seit März 2012 sind Sie Mitglied der FDP in Weimar. Wurden Ihre Erwartungen erfüllt?

**Günther Thomale:** Auf jeden Fall! Ich wurde sehr herzlich im Kreisverband aufgenommen. In den vergangenen Monaten nahm ich an vielen Veranstaltungen und den Kreisvorstandssitzungen teil. Meine Bereitschaft, mich einzubringen, wurde offensichtlich erkannt, und so konnte ich bei den Vorstandswahlen im Januar erfolgreich als Beisitzer kandidieren.

**ThL:** Sie sprechen hier aber nur vom Kreisverband. Sind auf anderer Ebene die Erwartungen nicht erfüllt worden?

**Thomale:** Wenn Sie auf die landes- und bundespolitische Ebene anspielen, hätte ich schon noch einige Erwartungen. Der öffentliche Zeitgeist ist doch mittlerweile geprägt von der Forderung nach mehr Staat und weniger Individuum. Häufig

ist es doch so, dass wirtschaftliche Krisen ideologisch umgedeutet werden. Die Ursachen für die Missstände werden dem freien Markt oder der Wettbewerbswirtschaft angelastet. So wird der Eindruck erweckt, die Schuld sei bei der Marktordnung zu suchen und der Staat hätte nun die Aufgabe, für Besserung zu sorgen. Daher ist es nach meiner Ansicht notwendig, dass die FDP eine ergebnisoffene Diskussion hinsichtlich der Unterschiede zwischen Liberalismus und Libertarismus führt, damit die FDP perspektivisch wieder als eine konsequent freiheitliche Alternative in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

**ThL:** Das klingt sehr nach Mises und Hayek und ...

**Thomale:** ... Murray N. Rothbard, einer herausragenden Persönlichkeit in der intellektuellen Tradition der Österreichischen Schule der Nationalökonomie. Übrigens ist sein Buch „Für eine neue Freiheit“ eines meiner meistgelesenen. Wenn ich dieses Buch in wenigen Worten zusammenfasse, komme ich nur zu einem Schluss: Mehr Freiheit – weniger Staat.

**ThL:** Sie würden also den Staat abschaffen wollen?

**Thomale:** Soweit würde ich nicht gehen. Ich stelle aber schon die Frage, wie viel

Staat wir wirklich brauchen. Der klassische Liberalismus meint, es braucht einen Staat. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber, dass sich der Staat immer weiter ausdehnt und in letzter Konsequenz Eigentum, Recht und Freiheit zerstört. Letztendlich entwickelt sich der Staat unter anderem durch die Besteuerung der Bürger zu einer gewaltigen Umverteilungsmaschinerie und er schafft sich damit natürlich auch eine Gefolgschaft, denn in einer Demokratie kann sich eine Mehrheit somit auch Wohltaten herbeiwählen.

**ThL:** Und der Libertarismus würde solche Entwicklungen verhindern?

**Thomale:** Diese Denkschule argumentiert natürlich auf der Basis theoretischer Überlegungen, dass der Staat letztlich abzuschaffen sei. Dies wird damit begründet, dass der Staat als solcher sich immer weiter ausdehnt und letztendlich die Freiheit und die freiheitlichen Rechte des Einzelnen immer weiter zurückdrängt. Alle Aufgaben, die heute dem Staat übertragen werden, sind über marktwirtschaftliche Prinzipien darstellbar.

**ThL:** Der Staat drängt die Freiheit also mit einer überbordenden Bürokratie zurück?

**Thomale:** Nicht nur mit Bürokratie, aber die ist eben ein entscheidender Faktor! Eine staatliche Behörde wird nicht wie ein Privatunternehmen dafür bezahlt, dass sie dem Verbraucher gute Dienste leistet. Der Staat verschafft sich sein Einkommen, indem er den leidgeprüften Steuerzahler ausnimmt. Seine Tätigkeit ist deshalb ineffizient, die Kosten steigen, weil Behörden keine Angst vor Verlusten haben. Und steigen die Kosten weiter, greift er den Bürgern tiefer in die Taschen. Darum wäre Bürokratieabbau ein erster Schritt, den Staat zurückzudrängen und die Menschen zu entlasten.

**ThL:** Das hieße also dann auch weniger Steuern oder „Mehr Netto vom Brutto für alle“?

**Thomale:** Das ist völlig richtig! Aus diesem Grund unterstütze ich auch das Kirchhof-Modell mit dem System einer Flat Tax auf Arbeitseinkommen, Unternehmensgewinne und Kapitalerträge. Des Weiteren bleiben im Kirchhof-Modell nur noch vier Grundsteuerarten übrig. Das komplizierte deutsche Steuerrecht ist nicht nur ungerecht, es hat auch einen ungeheuren bürokratischen Aufwand zur Folge.



## Die Stimme der Anderen

Tankred Schipanski MdB (CDU), Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung

„Die Zusammenarbeit mit der FDP ist sehr kollegial und konstruktiv, gerade im Bereich der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Im Bundestagsausschuss haben wir als Koalitionspartner wichtige Vorhaben umgesetzt, wie das Deutschlandstipendium oder das Wissenschaftsfreiheitsgesetz. Gemeinsam betreiben wir eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik, ausgehend von dem Verständnis, dass Bildung und Forschung die Grundlage für Fortschritt und Wohlstand sind, aber auch die Bedingung für die Freiheit des Einzelnen.“

Im Freistaat leistet die FDP Thüringen aus meiner Sicht eine sehr gute und praktisch die einzige Oppositionsarbeit in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Nicht zuletzt ist die FDP als Koalitionspartner im Bund manchmal auch ein hilfreicher Verbündeter bei Verhandlungen mit unserer Schwesterpartei CSU.“



Interessiert verfolgten die Liberalen Frauen auf der Besuchertribüne im Landtag die Haushaltsdebatte.

## Landesverband Liberale Frauen

Viola Schwedler zur neuen Vorsitzenden gewählt

Ob Frauenquote, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder eine hochwertige Kindergarten- und Hortbetreuung – über diese Themen sprechen die Thüringerinnen, im Berufsleben, mit ihrem Partner, im Freundeskreis. Auch die „Liberalen Frauen“ diskutieren über diese Fragen. Bei ihnen stehen diese Fragen ganz oben auf der Agenda.

Am 24. Januar 2013 kamen die „Liberalen Frauen Thüringen“ in Erfurt zusammen, um einen neuen Landesvorstand zu wählen. Zur neuen Landesvorsitzenden wurde Viola Schwedler aus Kölleda gewählt. Sie erhält Unterstützung von Monika Becker und Gabriele Herferth, ihren beiden Stellvertreterinnen. Weitere Vorstandsmitglieder sind Petra Kerst (Schatzmeisterin), Simone Peter (Schriftführerin) sowie Anja Hense, Christine Ebert, Karla Mohamed und Diana Fischer als Beisitzerinnen. Kassenprüferinnen sind Margot Hirsemann und Heike von Sternfeld.

„Wir 'Liberale Frauen' sprechen Themen an, die nicht nur Frauen interessieren, sondern die Gesellschaft insgesamt. Probleme in der Bildungs- und Familien-

politik gehören genauso dazu wie Fragen der Gleichstellung. Bei uns gibt es kein Tabuthema. Deshalb lade ich Frauen aus allen Bereichen des Lebens herzlich ein, bei uns mitzumachen und sich bei den 'Liberalen Frauen' zu engagieren“, erklärte die Landesvorsitzende Viola Schwedler nach ihrer Wahl. Als erste Initiative haben die „Liberalen Frauen“ zum Landespartei-tag in Weimar den Antrag „Ablehnung einer Frauenquote“ eingebracht und zur Diskussion gestellt. Im Juni 2013 reist der Landesverband nach Berlin, um hier den Kontakt mit Multiplikatoren aus Politik und Verbänden zu suchen. Ein Höhepunkt wird der Besuch des Deutschen Bundestags sein. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, an dieser Reise teilzunehmen!

Als Gäste der Versammlung wünsch-ten der Landes- und Fraktionsvorsitzende Uwe Barth sowie der Sömmerdaer Landtagsabgeordnete Heinz Untermann den „Liberalen Frauen“ viel Kraft und Elan, aber auch das nötige Quäntchen Beharrlichkeit, um auf die eigenen Standpunkte aufmerksam zu machen. *mn*

### GEBURTSTAGE + EINTRITTE

#### THL GRATULIERT ZUM GEBURTSTAG

**IM APRIL** Bernd Boettger (60), Fred Hubert (50), Siegfried Herold (80), Wolfgang Bock (60), Holger Langer (40), Horst Hoinkis (70), Ute Freytag (50), Christian Stünkel (40), Jan Müller (30), Siegfried Schönfelder (70), Jens Burmeister (50), Christine Ehrlich (60), Steffen Gröbel (40), Wolfgang Ziebarth (70), Christian Groß (30), Volkmar Gottstein (60), Jutta Ortwig (60)

**IM MAI** Ireen Jordan (30), Michael Martin-Borrego (50), Helene Käseberg (80), Volker Sander (50), Fritz Gerns (90), Ulrich Zausch (70), Fred Degenhardt (40), Laura Martin (20), Jan Siegemund (20), Torsten Köhler-Hohlfeld (50), Friedrich Wiegand (90), Kurt Fritze (90)

#### GLÜCKWÜNSCHE AUCH AN

Anneliese Eckstein, Igor Sowa, Yvonne Probandt, Martin Steinbrück, Roland Luckner, Silvio Reimann, Hans-Rudolf Claus, Prof. Dr. Christoph Schnittler,

Dr. Andreas Kniepert, Erich Weißenborn, Dr. Horst Gerber, Dr. sc. Ulrich Fickel, Jan Müller, Jürgen Listemann, Thekla Lottermoser, Robert Meckel, Sabine Landgraf, Steffen Dreiling, Alexis Taeger, Fabian Disselbeck, Martin Henning, Torsten Grieger, Hans Peter Kremer, Heinz Untermann, Daniel M. Scheidel, Rudolf Standhardt, Friedrich Thoma, Heidemarie Bischoff, Margita Otto, Egidius Arens, Tim Wagner, Bernhard Oedekoven, Sebastian Bethge, Bastian Schwötzer, Annette Schollmeyer-Lauterbach, Roul Rommeiß, Prof. Dr. Helmut M. Niegemann, Karola Heinemann, Lothar Schreiber, Matthäus Schlummer, Herbert Rudovsky, Petra Guttmacher, Prof. Dr. Hansgeorg Mühe, Ulrike Thomae, Hannelore Hartmann, Ingrid Macheleidt, Michael Maaß, Sabine Junhold, Andreas Zapf

#### JÜNGSTE EINTRITTE FDP THÜRINGEN

Lars Hirschle, Christian Zurl, Steve Langheinrich, Joachim Bertuch, Ina Karnstedt, Martin Miethlau



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

# Brüssel diskutiert Spritsparvorgaben für Autos und leichte Nutzfahrzeuge

INTERVIEW MIT HOLGER KRAHMER | MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS  
VON BENJAMIN KRIEGER | JOURNALIST IN BRÜSSEL

**BENJAMIN KRIEGER:** Derzeit werden in Brüssel die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für PKW und leichte Nutzfahrzeuge überprüft. Sie warnen vor Verschärfungen. Wollen Sie keine sparsamen Autos?

**HOLGER KRAHMER:** Es geht um Machbarkeit und Überprüfung von schon lang feststehenden Zielen. Diese Ziele sollten unverändert bleiben. Gerade wenn man die in der Autoindustrie üblichen Produktzyklen und den Entwicklungsaufwand berücksichtigt, ist klar: Die Industrie braucht Planungssicherheit.

**KRIEGER:** Und der Klimaschutz?

**KRAHMER:** Wir haben mit den bestehenden EU-Gesetzen bereits die ambitionierteste CO<sub>2</sub>-Gesetzgebung der Welt für die Auto-

industrie. Neue Studien der RWTH Aachen zeigen, dass die Erreichung der bestehenden Ziele teurer wird als bisher angenommen. Von 3.600 Euro pro Pkw bzw. 6.600 Euro für leichte Nutzfahrzeuge ist die Rede. Solche Mehrkosten müssen woanders erst einmal eingespart werden.

Gesetze sollten technische und wirtschaftliche Machbarkeit nicht völlig ignorieren. Wir sollten keine Ziele verschärfen, sondern Forschungsanstrengungen belohnen. Das macht man, indem man besonders emissionsarme Fahrzeuge im bestehenden Grenzwertsystem mehrfach anrechnet. Die Aachener Studien sind auch ein Hinweis darauf, dass wir mit neuen Zielsetzungen über das Jahr 2020 hinaus zurückhaltend sein sollten.

**KRIEGER:** Die EU-Kommission hat auch bislang schon CO<sub>2</sub>-Limits vorgeschrieben, hat das etwa nicht den gewünschten Erfolg gebracht – Autos verbrauchen heute weniger als früher?

**KRAHMER:** Die Hersteller erreichen die Ziele. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß sinkt seit Langem. Aber das allein scheint für einige schon der Anlass zu sein, Verschärfungen zu fordern. Warum eigentlich? Gerade für deutsche Hersteller, die vor allem mit größeren Modellen sehr erfolgreich sind, werden die CO<sub>2</sub>-Ziele zur Herausforderung. Dabei lässt der absolute CO<sub>2</sub>-Ausstoß eines Autos noch keine Aussage über dessen Wirtschaftlichkeit zu. Gerade aus der deutschen Produktion findet man größere Fahrzeuge, die effizienter sind als mancher südeuropäische Kleinwagen. Man vergleicht ja auch nicht den absoluten Energieverbrauch einer Einraum-Wohnung mit der eines Einfamilienhauses.

Manchem Politiker, der die Industrie gern vor sich hertreiben will, muss man auch sagen: Geringer Spritverbrauch ist nicht das einzige Kriterium beim Autokauf. Die europäischen Champions beim absoluten CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben gleichzeitig die größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Man schaue sich nur FIAT und PSA an.

**KRIEGER:** Seit klar ist, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise länger andauert als zu Beginn befürchtet, scheint die EU-Kommission beim Klimaschutz zu bremsen. Wird Umweltschutz gegen Industriepolitik ausgespielt?

**KRAHMER:** Wir brauchen in der gesamten Klimapolitik neue Strategien. Wir wissen jetzt: Ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll wird es nicht geben. Die EU läuft Gefahr, dass sich Industrieproduktion wegen der Kosten für Umweltauflagen immer weniger lohnt, ohne dass es eine Wirkung auf das Klima hat. Insofern spielen wir in der Tat Industrie und Klimaschutz gegeneinander aus. Es ist angesichts der gravierenden wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen die EU derzeit steht, ein falsches und dummes Spiel.

**HOLGER KRAHMER | KONTAKT ABGEORDNETENBÜRO BRÜSSEL:**  
EUROPÄISCHES PARLAMENT | BÄTIMENT ALTIERO SPINELLI 10G146  
60, RUE WIERTZ | BE-1047 BRÜSSEL | TELEFON +32 2 28-45344  
FAX +32 2 28-49344 | HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU



# Bürokratieabbau auf Bundesebene

## Kampf gegen Windmühlen?

„Die Bundesregierung hat beim Bürokratieabbau mehr erreicht als alle bisher dagewesenen Initiativen“, sagte Johannes Ludewig, Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrates schon 2011 bei der Vorstellung des Jahresberichts des Gremiums, das manchmal als „Gesetzes-TÜV“ bezeichnet wird. Der Nationale Normenkontrollrat besteht aus zehn ehrenamtlichen Mitgliedern, die aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Justiz und Verwaltung kommen. Er hat die gesetzliche Aufgabe, die Bundesregierung bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen auf den Gebieten des Bürokratieabbaus und der besseren Rechtssetzung zu unterstützen.

Die Vermeidung neuer und die Reduzierung bestehender Bürokratiekosten sind hierbei die Schwerpunkte. Dazu tagt der Normenkontrollrat wöchentlich im Bundeskanzleramt, dabei wird er im Gesetzgebungsprozess wie ein eigenes Ressort behandelt. Die Experten prüfen die Gesetzentwürfe vor ihrer Vorlage an das Bundeskabinett. Die Bundesministerien sind verpflichtet, bei Gesetzentwürfen die zu erwartenden Gesetzesfolgen für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung darzustellen. Die Mitglieder des Normenkontrollrates prüfen die Gesetzentwürfe dann hinsichtlich möglicher, weniger belastender Alternativen. Für jedes der Bundesministerien werden Berichterstatter bestimmt, welche die jeweiligen Gesetzentwürfe bearbeiten und eine Beschlussvorlage vorbereiten. Anschließend befasst sich das gesamte Plenum des Normenkontrollrates damit und verabschiedet eine formelle Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf. Diese Stellung-

nahme wird sowohl dem federführenden Bundesministerium als auch dem Bundeskabinett und später auch dem Bundestag zugeleitet. Die bisherigen Ergebnisse der Arbeit des Normenkontrollrates lesen sich beeindruckend.

Durch den Abbau von Bürokratiekosten kam es nach eigenen Angaben bislang zu einer Entlastung in Milliardenhöhe für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung. Beispielsweise konnten die Belastungen für Unternehmen um 10,5



Milliarden Euro pro Jahr gesenkt werden. Des Weiteren sank die jährliche Bürokratiebelastung der Wirtschaft seit dem Jahr 2006 um mehr als 22 Prozent. Zusätzlich hat der Normenkontrollrat weitere Maßnahmen in die Wege geleitet, um die Belastungen noch weiter zu reduzieren.

Als willkommener Nebeneffekt der Arbeit des Normenkontrollrates soll das Bewusstsein für den Bürokratieabbau in Po-

litik und Verwaltung gestärkt werden. Für viele Unternehmen, Bürger und Verwaltungen ist ein hoher Bürokratieaufwand traurige Alltagsrealität und keine harmlose Nebensächlichkeit. Ein Projekt mit großen Einsparpotenzialen für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung ist der Ausbau des E-Government. Beim E-Government wird durch den vermehrten Einsatz von IT-Technologie versucht, die Bürokratie und die damit verbundenen Kosten zu senken. Vor diesem Hintergrund hat die schwarz-gelb geführte Bundesregierung einen Gesetzentwurf zum E-Government erarbeitet. Ziel dieses Gesetzes ist es, die elektronische Kommunikation mit der Verwaltung zu erleichtern. Daneben soll dadurch auch eine bürgerfreundlichere und effizientere Möglichkeit geschaffen werden, Verwaltungsdienste in Anspruch zu nehmen.

Auch die Thüringer FDP setzt sich vehement für mehr Bürokratieabbau auf Bundesebene ein. Auf dem Bundesparteitag in Berlin Anfang März konnten sich die Thüringer Liberalen mit einem Antrag zum Fälligkeitsdatum der Sozialversicherungsbeiträge durchsetzen. Der Wirtschaftspolitiker Thomas L. Kemmerich hatte den Antrag in seiner Funktion als Bundesvorsitzender des Liberalen Mittelstands eingebracht. „Mit einer kleinen Änderung könnten wir viele Unternehmen von unnötiger Bürokratie entlasten“, erläutert Kemmerich. Bürokratieabbau ist für die FDP Thüringen der Schlüssel für ein stärkeres Wirtschaftswachstum, aber auch eine leistungsstarke und effiziente Verwaltung für die Bürger stehen weiterhin auf der Agenda der Liberalen.

Henrik Eichhorn

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBER** FDP Thüringen | Schillerstraße 62 | DE-99096 Erfurt | Telefon +49 361 3455919 | Fax +49 361 3455924 | pressestelle-thueringen@fdp.de  
www.fdp-thueringen.de **REDAKTIONSLEITUNG** Jens Panse *jp* **REDAKTION** Patrick Kurth *pk* | Matthias Purdel *pur* | Ingo Reimann *ir* | Matthias Naggert *mn*  
Matthäus Schlummer *ms* | Klaus-Dieter Landgraf *kdl* | Axel Poschmann *ap* | Dr. Carsten Klein *ck*

**BEITRÄGE** Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. **AUFLAGE** 1.800 Exemplare

**ERSCHEINUNG** 6-mal jährlich als Beilage des FDP-Mitgliedermagazins 'elde' | für FDP-Mitglieder ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises  
**GESTALTUNG + PRODUKTION** RAUM II | Körnerstraße 56 | DE-04107 Leipzig | Telefon +49 341 30326760 | info@raum-zwei.com | raum-zwei.com

